Ressort: Politik

Linkspartei erhebt neue Vorwürfe gegen Steinbrück

Berlin, 08.10.2012, 14:49 Uhr

GDN - In der Debatte um die Vortragshonorare des früheren SPD-Bundesfinanzministers Peer Steinbrück erhebt die Linkspartei neue Vorwürfe gegen den designierten Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten. Ulrich Maurer, Linken-Fraktionsvize im Bundestag, sagte der "Leipziger Volkszeitung" (Dienstagausgabe), dass es eine auffällige Nähe der Steinbrück-Vorträge zu Banken gebe, die in die enttarnten Zinsmanipulationen im sogenannten Libor-Skandal verwickelt seien.

"Steinbrücks Nähe zu den im Libor-Skandal involvierten Banken ist auffällig. Dass danach Fantasiehonorare für undurchsichtige Vorträge geflossen sind, macht die Sache nicht besser", sagte Maurer. Es sei völlig egal, ob Steinbrück den Banken nach dem Mund geredet habe oder nicht, "wenn er vorher als Finanzminister in ihrem Sinn gehandelt oder eben nicht gehandelt hat". Beim Libor-Skandal geht es um illegale Manipulationen des Interbankenrichtzinses zum Nachteil der Bankkunden. Beschuldigt sind 16 Banken, darunter auch deutsche Geldhäuser. Steinbrück hat als Abgeordneter vier mit jeweils mehr als 7.000 Euro Honorar verbundene Vorträge bei beschuldigten Bankinstituten gehalten. "Peer Steinbrück muss sich erklären, die Liste der Auffälligkeiten wird immer länger", kritisierte Maurer.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-138/linkspartei-erhebt-neue-vorwuerfe-gegen-steinbrueck.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619